



15. Juni 2012

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

Gesucht und gefunden: Ein Weg aus der Einbahnstraße am Volksdorfer Bahnhof Regionalausschuss beschließt Prüfung einer Gemeinschaftsstraße

Die kontroverse Diskussion um die Frage der Öffnung der Einbahnstraße am Volksdorfer U-Bahnhof hat zu einem einvernehmlichen Ergebnis geführt: Alle im Regionalausschuss vertretenen Fraktionen haben sich darauf geeinigt, einen Vorschlag der Initiative zur Aufwertung des Volksdorfer Ortskerns (IAO) aufzunehmen und für das Teilstück der Farmsener Landstraße zwischen Kreisel und U-Bahnbrücke die Einrichtung einer Gemeinschaftsstraße prüfen zu lassen und diese für den Zweirichtungsverkehr zu öffnen.

Das Konzept der Gemeinschaftsstraßen sieht vor, dass alle Verkehrsteilnehmer die gleichen Rechte haben. Auf diesem Wege können insbesondere auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer von einer Öffnung der Einbahnstraße profitieren. Dazu Anja Quast, die SPD-Fraktionsvorsitzende: „Mit der Idee der Gemeinschaftsstraße für diesen Abschnitt der Farmsener Landstraße konnten auch die Befürchtungen zerstreut werden, dass bei einer Öffnung der Einbahnstraße allein der Autoverkehr Vorrang erhalten würde.“

Das Schwarz-Grüne Regierungsprojekt "Eine Gemeinschaftsstraße für jeden Bezirk" war im Grunde am Widerstand von Anwohnern und Gewerbetreibenden und an der schwierigen Umsetzbarkeit in ganz Hamburg gescheitert. In Volksdorf aber soll es nun nach dem Willen aller im Regionalausschuss Walddorfer vertretenen Fraktionen nach jahrelangem Streit um die Öffnung dieses kleinen Straßenstückes umgesetzt werden.

Die Frage der Öffnung war auch der einzige Konfliktpunkt, über den die Wandsbeker Koalition aus SPD und Grünen kein Einvernehmen herstellen konnte. Deshalb wurde ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren vereinbart, um gemeinsam mit der Volksdorfer Bevölkerung eine Lösung für die strittige Frage zu finden. Das Verfahren sah eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit dem Ziel vor, eine gemeinsame Lösung zu finden und im Falle des Scheiterns eine konsultative Befragung der Volksdorfer Bevölkerung einzuleiten.

Zu der nunmehr erreichten Einigung sagte die Vorsitzende der Grünen-Fraktion in der Wandsbeker Bezirksversammlung, Susanne Zechendorf: „Wir sind froh, dass wir durch diesen Vorschlag der IAO einen Kompromiss gefunden haben, der tatsächlich allen an uns heran getragenen Bedürfnissen an dieses Straßenstück gerecht werden kann.“

Für die Koalitionspartner bedeutet der heutige Beschluss das Ende eines Ringens um die beste Lösung. Dazu die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der Grünen, Anja Quast und Susanne Zechendorf: „An diesem Beispiel zeigt sich, dass es sich lohnt, auch in scheinbar festgefahrenen Fragen nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen, die wirklich alle Bedürfnisse in der Bevölkerung berücksichtigt. Wenn dieses interfraktionell gelingt, kann man von einer wirklich erfolgreichen Politik sprechen.“